

Antragsteller/-in:

Erich Friedrich Noldus, Wolfgang Kempkes

Änderungsantrag der AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld. gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen zur Drucksache A/17/5146 „Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt – intelligente Videobeobachtung in Oberhausen.“

Beratungsfolge

13.05.2024

Rat der Stadt

Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, mit der Stadt Mannheim in einen Erfahrungsaustausch über das dortige Projekt „Intelligenter Videoschutz“ einzutreten.

Bezug

Kein Bezug

Sachverhalt

1

2 Ende 2018 startete die Stadt Mannheim ein Pilotprojekt, um das durch Videoüberwachung
3 an öffentlichen Plätzen anfallende Material mittels Künstlicher Intelligenz auf strafrechtlich
4 relevante Bewegungen hin zu durchsuchen. An dem Projekt waren drei bzw. vier
5 Institutionen direkt beteiligt:

6 Die Landesregierung Baden-Württemberg schuf in einem überarbeiteten Polizeigesetz die
7 notwendigen juristischen Grundlagen für den praktischen Betrieb des Systems „Intelligenter
8 Videoschutz“.

9 Das Fraunhofer-Institut Karlsruhe stellte die Basisprogramme zur Verfügung und beteiligte
10 sich auf deren Grundlage an der ständigen Weiterentwicklung der KI-Steuerung.

11 Die Stadt Mannheim war zuständig für den Ausbau der technischen Infrastruktur. Das betraf
12 die Kameras selbst sowie die Glasfaserverkabelung, die das System vom Internet autark
13 machte und es direkt mit dem Polizeipräsidium verband.

14 Das Polizeipräsidium Mannheim begleitete das Projekt.

15 Zum Projektstart Dezember 2018 wurden die Kosten für das bis November 2023 laufende
16 Projekt beziffert mit

- 17 • 900.000 € für die Stadt Mannheim; und
- 18 • 700.000 € für das Land Baden-Württemberg.

19 In der Gesamtsumme waren die Gelder für das Fraunhofer-Institut (ca. 0,5 Mio. €) enthalten.

20 Die Verwaltung sollte u.a. erfragen, wie sich die Kostenentwicklung des Projektes darstellt
21 und wie groß der Personalbedarf für das KI-gestützte System im Endausbau voraussichtlich
22 sein wird.

23 Ferner, welche Probleme in der Zusammenarbeit der drei bzw. vier beteiligten Institutionen
24 auftraten („Schnittstellenproblematik“).

25 Im Juni 2023 zeichnete sich ab, daß der Endtermin nicht zu halten war. Am 4. 12. 2023
26 vereinbarte das baden-württembergische Innenministerium die Verlängerung des Projektes
27 bis November 2026.

28 Aktuell arbeiten in Mannheim 68 Kameras an Kriminalitätsschwerpunkten; davon sind zehn
29 KI-gestützt. Bis 2026 sollen jährlich drei bis fünf Kameras dazugeschaltet werden.

30 In einer Sitzung des Innenausschusses des Landes Baden-Württemberg am 17. 1. 2024
31 stellte Innenminister Strobl (CDU) fest, das Projekt sei zwar bis dahin zufriedenstellend
32 verlaufen; aber:

- 33 • Die KI sei noch nicht in der Lage, Polizeibeamte zu ersetzen. Das System sei noch
34 nicht marktreif.

- 35 • Die wissenschaftliche Aufarbeitung des Projektes werde Anfang 2027 erfolgen.
- 36 Aus einem Bericht des „Wochenblatts“ aus Kaiserslautern vom 10. 5. 2024:
- 37 Mit Bürgermeister Manfred Schulz (CDU) an der Spitze informierte sich eine Delegation in
38 Mannheim über das Projekt „Intelligenter Videoschutz“. Schulz stellte dazu abschließend
39 fest:
- 40 „„Im Moment gilt es erst einmal, die weiteren Ergebnisse aus Mannheim abzuwarten, da
41 dieses System noch nicht marktreif und final anwendbar ist.“
- 42 Der Link: [Videoschutz in Kaiserslautern?](#)
- 43 Die verschiedenen am Projekt Beteiligten heben den Nutzen der Videoüberwachung für das
44 schnellere Eingreifen durch Einsatzkräfte hervor.
- 45 Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß die Stadt Oberhausen es bisher immer
46 noch nicht geschafft hat, im Zusammenwirken mit dem NRW-Innenministerium die
47 Standortfrage für das neue Polizeipräsidium zu lösen, weil im Bereich Concordiastraße das
48 städtische „Druckluft“-Areal aus dem Flächenangebot ausgenommen bleibt.
- 49 Der von der AfD-Fraktion erbetene Sachstandsbericht „Standort des neuen
50 Polizeipräsidiums“ A/17/4052-01 vom 16. 10. 2023 (Kenntnisnahmen vom 26. 10. 2023
51 Umweltausschuß und 13. 11. 2023 Rat der Stadt) liegt immer noch nicht vor.

Anlage/n

Keine